

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung 01 / 2024
des Sozialausschusses der Stadt Rheinfelden (Baden)
vom 26.02.2024 | im Sitzungssaal des Rathauses, Kirchplatz 2
Beginn: 18:00 Uhr | Ende: 19:32 Uhr

ANWESEND:

Vorsitzende

Schippmann, Kristin

Mitglieder

Hartmann-Müller MdL, Sabine

Klein, Eveline, Dr.

Lohmann, Anette

Markus, Wilfried

Poppe, Christiane

Rübsam, Rita

Rütschle, Silvia

Streit, Elke

Thoma, Inge

sachkundige Einwohner

Donner, Leonie

Kruse, Joachim

Nilli, Reza

Schiemann-Müller, Franziska

Schwander, Peter

stv. sachkundige Einwohner

Kellermann, Beate

anwesend in Vertretung für Frau Modrok

Verwaltung

Bringe, Monika (Amt für Familie, Jugend und Senioren)

Franosz, Stefanie (Amt für Familie, Jugend und Senioren)

Hommes-Olaf, Chantal (Stabsstelle Medien und Grafik)

Keser, Elke (Amt für Familie, Jugend und Senioren)

Kraft, Susanne Maria (Amtsleitung Amt für Familie, Jugend und Senioren)

Schriftführerin

Ranert, Romina (Amt für Familie, Jugend und Senioren)

ABWESEND:

sachkundige Einwohner

Modrok, Sandra

entschuldigt

ZUHÖRER: 3

PRESSE: 1

FESTSTELLUNG

Die Sitzung wurde von der Vorsitzenden eröffnet, ordnungsgemäß geleitet und geschlossen.

Es wird festgestellt,

- dass der Sozialausschuss am 16.02.2024 schriftlich mit angemessener Frist unter gleichzeitiger Mitteilung der Verhandlungsgegenstände einberufen wurde,
- dass Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung rechtzeitig ortsüblich bekannt gegeben wurden und
- dass der Sozialausschuss während der gesamten Sitzung beschlussfähig war, weil mindestens die Hälfte aller Mitglieder während der gesamten Sitzung anwesend war.

TAGESORDNUNG

Top 1	Bekanntgabe der in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
Top 2	Pilotprojekt VÖ+ zur Bekämpfung von Fachkräftemangel Vorlage: 50/12/2024

Top 3	Seniorenbüro aktueller Stand Projekt Case-Management für ein langes Leben Zuhause Vorlage: 501/05/2024
Top 4	Bekanntgaben der Stadtverwaltung - Anfragen und Anregungen aus der Mitte des Gemeinderats

PROTOKOLL

Top 1 **Bekanntgabe der in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse**

Die Vorsitzende verweist auf den Beschluss der letzten nichtöffentlichen Sitzung.

Der Sozialausschuss habe einstimmig beschlossen, dem Antrag eines Kitaträgers auf Kostendeckung innerhalb der verschiedenen Kostenstellen befristet für die Betriebskostenabrechnung für die Jahre 2023 und 2024 stattzugeben und die erhöhten Reinigungskosten anzuerkennen.

Top 2 **Pilotprojekt VÖ+ zur Bekämpfung von Fachkräftemangel** **Vorlage: 50/12/2024**

Nach Einleitung durch die Vorsitzende verweist Frau Kraft auf das bereits genannte Konzept, das als ausführliche Erklärung der Einladung beigefügt wurde. Die Entwicklung und Umsetzung von innovativen Konzepten in Bezug auf sowohl den Fachkräftemangel als auch den Platzausbau sind vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen unumgänglich. Die Stadt Rheinfelden (Baden) hat deshalb Ende Januar 2024 als erste Kommune in Baden-Württemberg einen Antrag auf Erprobung des Konzeptes VÖ+ im Rahmen des Erprobungsparagraphen gestellt. Der KVJS habe bereits signalisiert, dass das Konzept genehmigungsfähig ist.

Frau Thoma und Herr Markus stehen hinter dem Pilotprojekt. Mit der gleichen Problematik habe man in der Pflege sowie in den Handwerksbetrieben zu kämpfen gehabt. Heute seien diese Bereiche ohne Quereinsteiger nicht mehr denkbar. Weiterhin erziele mal regelmäßig positive Effekte, da aus interessierten Quereinsteigern Fachkräfte mit abgeschlossener Ausbildung werden.

Herr Schwander stimmt zu. Im Durchschnitt könne man tatsächlich von 2 bis 3 Kollegen im Jahr sprechen, die im Pflegebereich durch solche Konzepte als Fachkräfte hinzugewonnen wurden.

Frau Lohmann bestätigt dies. Auch in Bezug zur Jugendhilfe habe man mit Familienhelfer:innen die entsprechenden Fachbereiche unterstützt. Man bedanke sich, das Ziel VÖ+ nicht aus den Augen gelassen zu haben. Dies sei ein guter Kompromiss, zwischen einem nicht durchsetzbaren Rechtsanspruch und des möglichen Einsatzes von Fachkräften. Somit könne man die GT-Betreuung für die Vereinbarung von Familie und Beruf einigermaßen gewährleisten. Der neue Erprobungsparagraph sei genau hierfür gedacht.

Frau Dr. Klein empfinde das anstehende Pilotprojekt als Lichtschimmer und unterstütze das Vorhaben. Der Fachkräftemangel sei fakt und die Zahlen sprechen für sich. Dennoch müsse man die Bedenken der einzelnen Kindertageseinrichtungen ernst nehmen.

Frau Thoma interessiere die Schulungsmöglichkeiten.

Frau Kraft erklärt, dass mehrere Anbieter in Frage kommen. Man arbeite bereits mit Zusatzkräften, die regelmäßig in unterschiedlichen Bereichen geschult werden. Möglich, dass man hier anknüpfen werde. Generell empfehlen sich insgesamt 80 bis 100 Schulungsstunden.

Frau Rüttschle und Frau Poppe begrüßen das Projekt ebenfalls. Dies sei eine große Chance auf ein verlässliches Betreuungsangebot. Dennoch möchte man auch hier erneut auf die Bedürfnisse der bestehenden Fachkräfte verweisen und das Chance-Management nicht außer Betracht lassen. Weiterhin könne man sich eine erweiterte Betreuung durch beispielsweise Musik- oder Sportschulen vorstellen, um eine zusätzliche Entlastung zu schaffen.

Frau Kraft erklärt, bedenken von Mitarbeitenden werden natürlich ernst genommen. Bereits im Sommer 2022 wurde das Konzept entwickelt. Rechtzeitig habe man u. a. die eigenen Kitas, Verdi und den Fachkräfteverband mit ins Boot geholt. Selbst während des ganzen Projektes können Änderungen und Wünsche jederzeit berücksichtigt werden. Genau aus diesem Grund starte man mit einem Pilotprojekt.

Ob Bedarf an einem zusätzlichen Angebot durch die Musikschule Rheinfelden besteht, wird momentan in allen Rheinfelder Einrichtungen abgefragt. Bis jetzt ist der Rücklauf eher gering.

Frau Hartmann-Müller verweist auf den bereits angesprochenen Erprobungsparagrafen des Landtags, der noch vor Weihnachten geschaffen wurde. Dieser sei eine hervorragende Grundlage für das VÖ+ Konzept. Weitere Informationen über den Betreuungsschlüssel des Projektes seien interessant.

Frau Kraft erklärt, dass dieser bei 1:7 liege. Eine Betreuungsperson komme auf 7 Kinder. Eine Gruppe werde mit maximal 20 Kindergartenkindern geführt. Die Fachkraft befinde sich im Hintergrund und springe im Notfall ein.

Frau Donner bezieht sich auf die aktuelle Platzvergabe für das anstehende Kindergartenjahr. Die Platzzusagen seien bereits raus. Ab wann soll VÖ+ greifen und wie werden die betreffenden Eltern informiert?

Frau Kraft erklärt, nach der noch ausstehenden Genehmigung des KVJS werde man alle Familien anschreiben und diese Option anbieten. Allerdings weiß man bereits jetzt, dass der Bedarf gegeben sei, weshalb die Verwaltung stark bemüht ist.

Da keine Einwände gegen die Stellungnahme des anwesenden Gesamtelternbeirates vorliegen, übergibt die Vorsitzende das Wort an den GEB Frau Dr. Petersen (*Stellungnahme s.h. Anlage 1*).

Frau Kraft verweist in Bezug auf die Stellungnahme auf den bereits bestehenden Beteiligungsprozess der anderen Träger. Ende 2022 habe man bereits im Trägerkuratorium

sowie ebenfalls in der Gesamtleiterinnenrunde über das mögliche Konzept informiert. Zu Beginn habe man extremen Gegenwind bekommen. Kritik wurde aufgenommen und das Konzept dementsprechend angepasst. Während der Pilotphase müssen jedoch andere Träger nicht miteinsteigen. Selbstverständlich habe man dies offen gestellt und die Option bestehe. Dennoch sei die Strategie diese, dass man das Konzept zunächst in einer eigenen Kita erprobt und im Falle von Erfolg diesen auch bekannt macht. In diesem Fall wird sich VÖ+ bedarfsgerecht ausbreiten können.

Eine andere wichtige Thematik sei natürlich die Haftungspflicht. Die Haftung trage der Träger. Die Aufsichtspflicht die anwesende Person im Raum.

Frau Thoma bemängelt die Abwehrhaltung der anderen Träger.

Herr Kruse nimmt Stellung. Die katholischen Einrichtungen laufen momentan relativ solide. Auch eine GT-Betreuung wird weiterhin angeboten. Der Handlungsdruck sei somit noch nicht so stark gegeben. Dennoch möchte man betonen, dass man sicherlich das Pilotprojekt begrüße und hier Reflektionsarbeit leisten werde. Wohlwollend beobachte man das Vorhaben.

Herr Schwander schließt sich an. Lösungen werden zukunftsorientiert benötigt. VÖ+ ist ein Guter Ansatz, den man genau beobachten werde.

Frau Hartmann-Müller betont, dass der Handlungsdruck bei den großen städtischen Einrichtungen bestehe. Somit müsse man nun im Rahmen des Erprobungsparagraphen handeln und diesen Piloten starten.

Die Vorsitzende bedankt sich für den positiven Austausch und eröffnet den nächsten Tagesordnungspunkt.

Top 3 Seniorenbüro aktueller Stand Projekt Case-Management für ein langes Leben Zuhause
Vorlage: 501/05/2024

Frau Franosz, Frau Bringe und Frau Keser stellen anhand einer Power Point Präsentation den aktuellen Stand des Projekts Case-Management vor (s.h. Anlage 2)

Die Einführung eines kommunalen Case-Managements, einer individuellen Einzelfallberatung und temporäre Begleitung, ist nicht nur für Rheinfelden (Baden) und Schwörstadt ein spannender Prozess. Auch der Landkreis Lörrach verfolgt und begleitet das Projekt mit großem Interesse. Der Kreis ist Mitglied in der Steuerungsgruppe des Projekts und damit direkt beteiligt. Auf Kreisebene werden die Ergebnisse des zweijährigen Projekts in die Weiterentwicklung der Pflegestützpunkte einfließen.

Herr Kruse verlässt die Sitzung um 19:12 Uhr.

Frau Streit interessiert der weitere Werdegang nach Auslauf der Förderung in zwei Jahren.

Frau Kraft erklärt, dass die Stelle auch ohne weitere Förderung bereits im Stellenplan unbefristet genehmigt wurde.

Frau Lohmann begrüße die Zahl der Senioren, die im vergangenen Jahr erreicht wurden.

Frau Bringe und Frau Keser verweisen auf rund 60 Menschen, die vom Seniorenbüro bedient wurden. Konkrete Zahlen werden gerne nachgereicht.

Die Stadträte loben die wertvolle Arbeit des Seniorenbüros. Gerade im Alter wird das Gesichtsfeld immer kleiner. Eine Vereinsamung der Menschen ist hier keine Seltenheit und die Thematik der Mobilität äußerst gefragt. An den Bürgerbus möchte man in diesem Zuge noch erinnern. Wertvoll, dass Rheinfelden (Baden) und Schwörstadt durch das Projekt Case-Management hier viel bewirken.

Die Vorsitzende erklärt, dass der Bürgerbus natürlich weiterhin in der Pipeline sei.

Da keine weiteren Fragen vorliegen, wird der letzte Tagesordnungspunkt eröffnet.

Top 4 Bekanntgaben der Stadtverwaltung - Anfragen und Anregungen aus der Mitte des Gemeinderats

Frau Rüttschle spricht die Platzsuche für den Naturkindergarten an. Es sei unverständlich, dass die Verwaltung bisher nicht zusammen die Möglichkeit geschaffen habe, die angedachten Bauwagen aufzustellen.

Die Vorsitzende und Frau Kraft verweisen auf die vorgegebenen Rahmendbedingungen wie beispielsweise die Nähe eines Schutzraumes oder die Erreichbarkeit des Bauwagens. Natürlich sei man ebenfalls sehr enttäuscht, dass bisher der Standort nicht gefunden wurde. Die Verwaltung stehe im guten Austausch und ist äußerst bemüht, jedoch habe man hier mit der Bürokratie zu kämpfen.

Frau Rübsam interessiert der aktuelle Stand des Jugendhauses.

Frau Kraft freut sich über ein tolles, neues Team im Jugendhaus. All die vergangenen Bemühungen haben sich gelohnt und das Jugendreferat konnte bereits neu durchstarten. Ab April werden 6,0 von 6,2 VZÄ besetzt sein.

Da keine weiteren Anfragen und Anregungen mehr vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung um 19:32 Uhr.

Für die Richtigkeit der Niederschrift:

Die Vorsitzende

Die Schriftführerin

Kristin Schippmann

Romina Ranert

Für den Sozialausschuss als Urkundspersonen:

Die Mitglieder

Name Urkundsperson

Name Urkundsperson